

OMV— Report



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Südwestsachsen

Jahrgang 2, Ausgabe 2, 26. Oktober 2009

Das Erreichte gestalten



von Kai Hähner (Vorsitzender OMV
Südwestsachsen)

Liebe Mitglieder und Freunde der OMV,

am 10. Oktober fand in Freiberg die 6. Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Sachsen statt. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Staatsminister a.D. Dr. Albrecht Buttolo gewählt. Die OMV kann mit dieser Personalentscheidung zuversichtlich in die Zukunft schauen. Wir können erfolgreich auf das Erreichte der letzten Monate zurückschauen. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP im Freistaat Sachsen enthält viele Aspekte im Interesse der OMV. Die kulturelle Arbeit der Heimatvertriebenen wird auch künftig durch den Freistaat finanziell unterstützt werden. Eine langjährige Forderung der OMV soll in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Gemäß Koalitionsverein-

barung soll in Sachsen ein Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler eingesetzt werden. Auch das geplante Nationalmuseum kann die Historie der Heimatvertriebenen in Sachsen mit umfassen. Dennoch gibt es noch viel zu erledigen. Auf dem Erreichten können wir uns keinesfalls ausruhen. Auch künftig muß die OMV ein starkes Sprachrohr der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sein, um Politik mitgestalten zu können. Die derzeitigen Forderungen des tschechischen Präsidenten Klaus in Bezug auf die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages sind hier ein warnendes Beispiel. Es steht zu befürchten, daß Brüssel im Interesse der europäischen Integration weitere Zugeständnisse an Prag gewährt. Die völkerrechtswidrigen Benesch-Dekrete werden somit de facto legalisiert. Hier ist auch weiterhin die Bundesregierung in der Pflicht. Und schon 1999 forderte das Europaparlament die Aufhebung der noch geltenden Benesch-Dekrete - ohne Erfolg!

Sauer: CDU und CSU stehen zu den Vertriebenen!

Anlässlich der Vorstellung des CDU/CSU-Regierungsprogramms für den 17. Deutschen Bundestag von 2009 bis 2013 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter): Erneut haben die Vorstände von CDU und CSU die ihnen von ihren Parteivereinigungen, der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung – Union der Vertriebenen (OMV/UdV), vorgetragenen Anliegen für die kommende Legislaturperiode des Bundestages in ihr Regierungsprogramm „Wir haben die Kraft – gemeinsam für unser Land“ ohne Abstriche übernommen. Unter dem Abschnitt – „Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln“ – des Regierungsprogramms heißt es unter anderem: Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat die Aufgabe, in Berlin das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu dokumentieren, der Wahrheit zu dienen, Brücken zu bauen und die Völkerverständigung zu fördern. CDU und CSU halten daran fest, dass die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen über ihre Vertretung im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

selbst entscheiden können. Für uns steht fest: Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen ist fester Bestandteil der deutschen Kultur und Teil der deutschen und europäischen Identität. Wir werden dies unter Einbeziehung der Vertriebenen und ihrer Verbände verlässlich weiter fördern wie zum Beispiel durch die Einrichtung eines Sudetendeutschen Museums in München. Wir werden bei der personensstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren. Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen. Wir sehen eine besondere Verantwortung für die Aussiedler, die lange und hart unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges und des Stalinismus gelitten haben. Wir treten für das im Grundgesetz garantierte Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Wir halten an der gesetzlichen Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgeschicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion fest.
Fortsetzung auf Seite 2

Wir setzen uns dafür ein, dass deutschen Minderheiten in den Ländern, in denen sie leben, eine Perspektive zum Bleiben geboten wird. Alle Deutschen sollen selbst entscheiden können, ob sie in Deutschland leben oder in den Herkunftsgebieten bleiben wollen. Die CDU/CSU respektiert also im Klartext die personelle Beschlussfassung des Bundes der Vertriebenen (BdV). Die CDU/CSU wird auf Bundes-/Landes- und kommunaler Ebene weiterhin gemäß § 96 des Bundesvertriebenen und -flüchtlingsgesetzes (BVFG) die Kulturarbeit der Vertriebenenorganisationen sowohl in der wissenschaftlichen wie in der Breitenarbeit unterstützen. Seit 1976 gilt für das Auswärtige Amt der 8. Mai 1945 als Stichtag für einen personenstands- und melderechtlichen Eintrag (zum Beispiel in Diplomatenpässen wie meinem eigenen oder bei Steueridentifikationsnummern), im Ausland geboren worden zu sein, wenn man nach dem Stichtag zwar innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zum Zeitpunkt des 31. Dezember 1937 (Artikel 116 Grundgesetz) jedoch außerhalb der Grenzen der beiden Staaten in Deutschland geboren worden ist. Seit dem März 2009 plant das Bundesinnenministerium (BMI), diesen Stichtag auf den 2. August 1945 zu

verlegen. Beide Daten sind eine Zumutung von völkerrechtlicher Seite sowohl für die betroffenen Vertriebenen als auch für die im Ausland lebenden Deutschen. Die CDU/CSU verlangt, bei personenstands- und melderechtlichen Erfassungen von Geburtsorten von Vertriebenen eindeutig, die völkerrechtliche Position Deutschlands zu wahren. Die CDU/CSU bekennt sich zum Recht auf die Heimat und vertritt, wie im Grundsatzprogramm enthalten, dass Vertreibungen geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden müssen. Für die erneute Klarstellung dieser Positionen haben die Vorstände von CDU und CSU sich einstimmig ausgesprochen, auch wenn polnische Nationalisten vom Schlage der Kaczynski-Brüder dagegen Sturm laufen werden. Die CDU/CSU steht weiterhin an der Seite der zu uns kommenden Aussiedler und tritt für die deutschen Minderheiten ein. Helmut Sauer dankt als OMV-Bundesvorsitzender, somit Sprecher der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler im CDU-Bundesvorstand, den Generalsekretären von CDU und CSU für dieses erneute Bekenntnis zu den Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und der deutschen Volksgruppen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. (*Pressemitteilung OMV, 07/2009*)

Sauer: OMV dankt Bischofskonferenzen

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) und Sprecher der in der CDU/CSU organisierten Heimatvertriebenen im CDU-Bundesvorstand, Helmut Sauer (Salzgitter), erklärt in Berlin: Die gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wurde von vielen Menschen, insbesondere den deutschen Heimatvertriebenen, erwartet. Wir wurden nicht enttäuscht und danken. Die Erinnerung und das Gedenken an Krieg, Verfolgung, Ermordung und Vertreibung von Haus und Hof, an den Verlust unserer Heimat und an die für manche Schicksalsgefährten leider nicht angesprochenen, aber noch immer ungeklärten Eigentumsverhältnisse dürfen uns in der Tat nicht an die Vergangenheit ketten, sondern müssen uns befähigen zu einer gerechteren Zukunft. Sicherlich sind beim Bemühen um Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit

weiterhin auf beiden Seiten Geduld, Behutsamkeit und guter Wille für die gemeinsame Zukunft beim Kennenlernen und der gegenseitigen Annahme unverzichtbar. Viele von uns praktizieren dies erfolgreich, oft im Stillen, seit Jahrzehnten vor Ort, meist in Zusammenarbeit mit den in der Heimat verbliebenen Landsleuten, deren menschenrechtliche Lage sich erfreulicherweise verbessert hat.

Wir Mitglieder der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung/Union der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in der CDU/CSU werden uns weiterhin im Geist des Evangeliums an diesem Friedenswerk der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Verständigung in europäischer Zielrichtung beteiligen.

(*Pressemitteilung OMV, 08/2009*)

Impressum: Der OMV-Report wird als Mitgliederzeitung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Südwestsachsen (OMV) herausgegeben. ViSdP ist der Vorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Kai Hähner. Angaben nach § 6 TDG/§ 10 MDStV: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Kontakt: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Südwestsachsen, c/o CDU Chemnitz, Markt 5, 09111 Chemnitz
Telefon: 0371-6661955, Fax: 0371-6664945, e-mail: info@omv-suedwestsachsen.de

Vorstand: Kai Hähner (Vorsitzender), Jörg Unger (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Helmut Rotsch (Schatzmeister), Adolf Braun (Beisitzer), Falk Haude (Beisitzer), Rudolf Meinl (Beisitzer), Christian Zapp (Beisitzer), Alexander Schulz (beratendes Vorstandsmitglied)

Sauer: Völkerrecht geht vor Melderecht! Heimatvertriebene und Aussiedler widersprechen Bundesinnenministerium

Vor dem Hintergrund der noch immer aktuellen Debatte um die Empfehlung des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 19. März 2009, alle nach dem 2. August 1945 östlich der Oder-Neiße-Linie, jedoch innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 geborenen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler melderechtlich als im Ausland geboren zu erfassen, erklärt – auch als Betroffener – der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter): Mit Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 und des Grenzbestätigungsvertrages mit Polen vom 14. November 1990 wurden die ehemaligen deutschen Ostgebiete aus der deutschen Staatshoheit formal entlassen. Das Bundesverfassungsgericht sowie das Bundesverwaltungsgericht entschieden am 5. Juni 1992 bzw. am 4. Mai 1999, dass dies nicht rückwirkend geschah und die Gebiete in den Jahren von 1945 bis 1990 als Inland zu gelten haben. Diese völkerrechtlich und somit international verbindlichen Fakten dürfen bei nationalen Weisungen des Bundes an die Verwaltungen der Länder nicht formaler Einwände wegen außer acht gelassen werden. Das ist jedoch in der melderechtsbezüglichen Empfehlung des BMI vom 19. März 2009 und ebenfalls im Namensbeitrag des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble MdB im Deutschen Ostdienst (DOD) Nr. 8/2009 geschehen. Für die Betroffenen hat ein solches, am Völkerrecht vorbei interpretiertes Melderecht ganz konkrete Auswirkungen, z.B. bei der Ausstellung von Ausweisen, Pässen, Geburts-

Sterbeurkunden oder einer Steueridentifikationsnummer mit der Angabe eines nichtdeutschen Geburtsortes und eines Geburtslandes wie Polen, Russland oder Tschechien. Dies hat schon allzu oft zu Verbitterung geführt, weshalb Abhilfe dringend nötig ist. **Die Landesinnenministerien sollten davon absehen, jetzt unterschiedliche, flexible Regelungen einzuführen, sondern dem Völkerrecht Beachtung schenken. Dazu sind endlich fähige und vor allem sensible Juristen gefragt, die entsprechende Lösungen finden.**

In angrenzenden Rechtsgebieten existiert diese Sensibilität bereits seit Jahren, wie unter anderem der Beschluss des Amtsgerichts Hagen zum Umgang mit den Paragraphen 12 und 15 des Personenstandsgesetzes (PStG) vom 1. April 1981 zeigt. Darin heißt es: „Liegt der Heirats- oder Geburtsort in einem Teil der Volksrepublik Polen, der früher zum Gebiet des Deutschen Reiches gehörte, so ist in das Familienbuch die deutsche Ortsbezeichnung ohne Hinzufügung des polnischen Namens einzutragen.“ Dies entspricht dem Paragraph 60 Absatz 2 der Dienstanweisung für Standesbeamte und steht auch im Einklang mit dem Völkerrecht.

Die CDU strebt mit ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 27. September 2009 für das Personenstands- und Melderecht Regelungen an, die eindeutig die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren. Wir in der OMV organisierten Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler unterstützen sie dabei.

(Pressemitteilung OMV, 08/2009)

Sauer: Vertriebene erringen Teilsieg Bayern macht Weg frei für völkerrechtlich einwandfreies Melderecht

Nach den Protesten von OMV/UdV, anderen Vertriebenenorganisationen und zahllosen Betroffenen gegen die melderechtlichen Empfehlungen des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 19. März 2009 hat der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann MdL, am 31. August 2009 eine Neuregelung des Melderechts in Bayern im Sinne der völkerrechtlichen Position Deutschlands angewiesen. Dazu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU – Union der Vertriebenen (OMV/UdV), Helmut Sauer (Salzgitter): Die OMV begrüßt die Entscheidung des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann MdL, in Bayern dem Völkerrecht auch in Fragen des Melderechts Geltung zu verschaffen. So können dort künftig auch alle Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, die zwischen der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens 1945 und der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages 1990 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten geboren wurden, melderechtlich als „im Inland gebo-

ren“ erfasst werden. Hiermit wird eine wesentliche Forderung der OMV an die melderechtliche Datenerfassung nunmehr in die Tat umgesetzt. Seit Beginn der vom BMI ausgelösten Debatte um den „Stichtag 2. August 1945“ für die Erfassung Vertriebener als „im Inland geboren“ setzt die OMV sich dafür ein, in dieser Frage den Formulierungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages und des Grenzbestätigungsvertrages mit Polen sowie der eindeutigen Rechtsprechung der höchsten deutschen Gerichte zu folgen und somit dem Völkerrecht Beachtung zu schenken. Das Regierungsprogramm der CDU für die nächste Legislaturperiode orientiert sich diesbezüglich an den Forderungen der OMV und stellt für das Melde- und Personenstandsrecht Regelungen in Aussicht, welche die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren. Die aktuelle Entscheidung Bayerns greift dem vor. Damit bezieht der Freistaat in melderechtlichen Fragen als erstes Bundesland eindeutig

Fortsetzung auf Seite 4

Position für uns Vertriebene und Aussiedler. Ein herzlicher Dank ist Staatsminister Joachim Herrmann und der CSU-Staatsregierung für diese schnelle, sensible und rechtlich einwandfreie Regelung gewiss.

Es bleibt zu hoffen, dass die Innenministerien der anderen Bundesländer dem Beispiel Bayerns schnell

schnell folgen, so dass diese Angelegenheit im Hinblick auf das Völkerrecht und die Gefühle vieler Millionen Heimatvertriebener, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler ein für allemal geklärt werden kann.

(Pressemitteilung OMV, 09/2009)

Wir werden weiter treibende Kraft bleiben! ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN - eine Bestandsaufnahme

Vor der Bundespressekonferenz erklärte die Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Erika Steinbach MdB: Vor 10 Jahren hat der BdV beschlossen, eine Stiftung zur Dokumentation und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vertreibung zu errichten. Ein gutes Jahr später, am 06.09.2000, hat die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN das Licht der Welt erblickt. Peter Glotz und ich haben den Vorsitz übernommen. Die Skepsis, ob unsere Stiftung auch nur ansatzweise ihre Ziele erreichen könnte, war nicht nur außerhalb des BdV, sondern zu Beginn auch innerhalb deutlich zu spüren. Heute kann ich mit Genugtuung feststellen, dass wir viel erreicht haben. Sehr viel! Unsere Stiftung hat eine sehr lebhaft, auch kontroverse Debatte entfacht. Sie war fruchtbar. Hunderte von Medienberichten machen das deutlich. Im Internet gibt es aktuell rund 50.000 Beiträge dazu. Nahezu 500 Gemeinden in Deutschland sind mit 5 Cent/ Einwohner Pate unserer Stiftung geworden. Auch die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sind inzwischen Paten. Renommierte Persönlichkeiten haben sich ostentativ an unsere Seite gestellt, von Joachim Gauck, Helga Hirsch, Freya

Klier, György Konrad, Imre Kertesz, Peter Scholl-Latour bis zu Christian Thielemann, Gabriele Wohmann, Rüdiger Safranski, Hellmut Karasek, Harald Schmidt oder Udo Lattek. Ich danke allen Unterstützern der letzten Jahre. Insbesondere aber meinem langjährigen Mitvorsitzenden Peter Glotz, der leider viel zu früh verstorben ist. Unser gemeinsames Anliegen, eine Dokumentationsstätte für das Schicksal und Kulturerbe der deutschen Vertriebenen in Berlin zu errichten, haben wir erreicht. Sogar weitergehend, als wir selbst erhofft haben. Die Bundesregierung hat durch unsere nachdrückliche Initiative erkannt, dass es eine überfällige staatliche Aufgabe ist, diesem deutschen Schicksalsthema einen festen Platz in Berlin zu geben. Wir haben deutlich gemacht, dass es Teil unserer gesamtdeutschen Identität ist und damit staatliche Aufgabe. Mein besonderer Dank gilt Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatsminister Bernd Neumann. Der Weg dahin war spannend, niemals langweilig und streckenweise auch extrem stürmisch. Aber, erst ein guter Wind lässt einen schönen Drachen aufsteigen.

(Pressemitteilung BdV, 07/2009)

Die Weichen sind richtig gestellt Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ beruft Direktor und Wissenschaftlichen Beirat

Der Bund der Vertriebenen begrüßt die Bestellung von Prof. Dr. Manfred Kittel zum Direktor der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Seine Kompetenz zum Thema Vertreibung hat der Regensburger Geschichtswissenschaftler und Politologe durch seine Lehrtätigkeit, zahlreiche Publikationen und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in den vergangenen Jahren qualifiziert unter Beweis gestellt. In seiner jüngsten Publikation setzt er sich kritisch mit der westdeutschen Behandlung des Themas Vertreibung und der Vertriebenen auseinander.

Mit dieser Persönlichkeit hat die Stiftung einen hervorragenden Leiter gewählt, der dem Anliegen der Stiftung gerecht werden wird.

In der 2. Sitzung des Stiftungsrates wurde auch der 9-köpfige Wissenschaftliche Beirat, der den Stiftungsrat fachlich beraten soll, berufen. Diesem Gremium gehören Persönlichkeiten an, die sich bereits lange vorher an die Seite unserer Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gestellt und um sie verdient gemacht haben.

Die Weichen sind richtig gestellt.

(Pressemitteilung BdV, 07/2009)